DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

F. Parteiinterna

F.7. Solidarischer Finanzausgleich

Ä.F.7.5. Änderungsantrag: Evaluierung der Finanzierungsmodelle des Landesverbandes

Einreicher*innen: Rico Gebhardt, Olga Naumov, Jana Pinka, Johannes Schmidt, Adam Bednarsky, Alexander Weiß, Lars Legath, Jens Matthis, Klaus Bartl, Cornelia Falken, Marco Götze

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Die Anträge F.7 und Ä.F.7.1 bis F.7.4. werden auf dem Landesparteitag nicht behandelt.

Der Landesparteitag stellt fest, dass es eines tragfähigen Finanzkonzeptes für die Finanzen des Landesverbandes bedarf. Dabei sollen einerseits die administrativen und die politischen Aufgaben des Landesvorstandes, aber auch die regionalen Besonderheiten der 10 Kreisverbände und der 3 Stadtverbände berücksichtigt werden. Ziel muss es bleiben, dass wir die politische und die organisatorische Arbeit landesweit finanziell absichern.

Der Landesparteitag stellt fest, dass der Vorschlag des Finanzbeirates im Antrag F.7. ein Modell sein könnte.

Der Finanzbeirat wird in Zusammenarbeit mit dem/der Landesschatzmeister*in und den Kreisvorsitzenden oder den Kreisschatzmeister*innen beauftragt, der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden bis zum 30.06.2022 eine Entscheidungsgrundlage für das Finanzkonzept der Landespartei vorzulegen.

Für eine faktenbasierte Entscheidung sind dazu nötig:

- eine Klärung, welche der aktuellen Positionen/ Kostenpunkte aus Finanzplänen bzw. zugeordneten Anteilen der Stadt- und Kreisverbände zu den Stufen 1 & 2 der Landesebene bzgl. (juristischen und) administrativen sowie politischen Aufgaben zugehörig sind und damit in dieser Ebene nach dem Modell aus F.7. abgekoppelt und fix abgegolten werden,

- Beispielabrechnungen, bezogen auf die letzten Jahre (Wahl- und Nichtwahljahre) und

- eine Planungsrechnung für 2023 nach dem bisherigen einstufigen Verteilungsschlüssel als auch nach dem Modell aus F.7. vorzulegen.

Die Kreisvorstände werden gebeten, in den nächsten Monaten eine Stellungnahme abzugeben, die ihre Positionen und Erwartungen hinsichtlich der Strukturen und Finanzen der Landespartei zum Ausdruck bringt.

<u>Begründung:</u>

Unsere Partei steht vor großen Herausforderungen, trotz der landesweit sinkenden Mitgliederzahlen und der Ergebnisse der letzten Wahlen wollen wir weiterhin flächendeckend präsent und für alle Menschen in Sachsen die Ansprechpartnerin für soziale Gerechtigkeit sein. Um dies auch künftig sicherzustellen, befinden wir uns seit 2019 in einer landesweiten Strukturdebatte. Daraus sind für die heutige Tagung erste organisatorische Anträge erwachsen. Dieser Prozess muss, gerade nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021, so offen wie möglich fortgesetzt werden. Solange die Strukturdebatte nicht abgeschlossen ist und noch nicht feststeht, welche Ebene künftig für welche Aufgaben zuständig ist (und ausfinanziert werden sollte), sollten wir uns nicht durch Parteitagsbeschlüsse auf einen finanzpolitischen Weg fixieren lassen.
Ein Beschluss dieses Finanzkonzeptes F.7., für welches es bisher keinerlei Beispielrechnungen gibt, wäre eher vom Modell Hoffnung als von einer souveränen Entscheidungsfindung unserer Delegierten getragen.

Entscheidung des Landesparteitages: